

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Michael Meister, Heinz Seiffert, Dietrich Austermann, Ilse Aigner, Norbert Barthle, Otto Bernhardt, Jochen Borchert, Klaus Brähmig, Manfred Carstens (Emstek), Leo Dautzenberg, Georg Fahrenschon, Albrecht Feibel, Klaus-Peter Flosbach, Herbert Frankenhauser, Jochen-Konrad Fromme, Hans-Joachim Fuchtel, Susanne Jaffke, Bartholomäus Kalb, Steffen Kampeter, Bernhard Kaster, Volker Kauder, Norbert Königshofen, Manfred Kolbe, Dr. Michael Luther, Hans Michelbach, Stefan Müller (Erlangen), Kurt J. Rossmanith, Peter Rzepka, Norbert Schindler, Georg Schirmbeck, Christian Freiherr von Stetten, Antje Tillmann, Klaus-Peter Willsch, Elke Wülfing und der Fraktion der CDU/CSU

**zu der dritten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Bundesregierung
– Drucksachen 15/1309, 15/1521, 15/1661, 15/1722 –**

Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Steuerehrlichkeit

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt grundsätzlich den „Bau einer Brücke in die Steuerehrlichkeit“. Sie eröffnet die Möglichkeit, dass bisher Steuerunehrliche künftig einen Beitrag zur Finanzierung der Staatsaufgaben leisten und ihr Kapital zur Stärkung der Eigenkapitalfinanzierung sinnvoll einsetzen können. Das kann mit noch so intensiven Strafverfolgungsmethoden kaum erreicht werden, da behördliche Ermittlungsmaßnahmen naturgemäß begrenzt sind.

Das setzt allerdings voraus, dass die Brücke in die Steuerehrlichkeit von den Steuerunehrlichen auch beschritten wird. Hieran bestehen erhebliche Zweifel, die auch in der Anhörung der Sachverständigen zum Ausdruck gebracht worden sind. Der Gesetzentwurf enthält keinerlei Regelungen für eine künftig maßvolle Besteuerung der Kapitalerträge, die die bestehenden, schwer zu vollziehenden Regelungen ablösen. Die Beseitigung des Vollzugsdefizits ist aber gerade Auslöser und Rechtfertigungsgrund für die Brücke in die Steuerehrlichkeit, die aus Respekt vor den steuerehrlichen Bürgern nicht beliebig oft neu gebaut werden kann.

Die Bundesregierung hat zwar die Einführung einer Abgeltungssteuer für das nächste Jahr angekündigt. Es ist jedoch zweifelhaft, ob eine solche Regelung überhaupt in Kraft treten wird und ob die Steuerunehrlichen im Vertrauen hier-

auf die Brücke in die Steuerehrlichkeit schon jetzt betreten werden. Bis zum Inkrafttreten einer solchen Regelung würde die Brücke daher nicht benutzt werden.

Die Zweifel werden auch dadurch bestärkt, dass eine verlässliche Perspektive fehlt, wie die Kapitalerträge in Zukunft belastet werden. Wer mag schon die Brücke betreten, wenn die Wiederbelebung der Vermögensteuer, die Erhöhung der Erbschaftsteuer und die Ausdehnung der Gewerbesteuer drohen? Eine Brücke in die Steuerehrlichkeit ist nur sinnvoll, wenn den Bürgern Vertrauen und Verlässlichkeit gegeben wird.

II. Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

1. Der Gesetzentwurf ist nicht zustimmungsfähig, weil ihm ein wesentliches Kernelement – nämlich eine Perspektive für eine künftige moderate und verlässliche Belastung der Kapitalerträge – fehlt.
2. Die Bundesregierung wird aufgefordert einen neuen Gesetzentwurf vorzulegen, der neben einer tragfähigen Brücke in die Steuerehrlichkeit auch eine maßvolle Besteuerung der Kapitalerträge enthält sowie Rechtssicherheit hinsichtlich der Abschaffung der Vermögensteuer schafft und eine Erhöhung der Erbschaftsteuer ausschließt.

Berlin, den 15. Oktober 2003

Dr. Michael Meister
Heinz Seiffert
Dietrich Austermann
Ilse Aigner
Norbert Barthle
Otto Bernhardt
Jochen Borchert
Klaus Brähmig
Manfred Carstens (Emstek)
Leo Dautzenberg
Georg Fahrenschon
Albrecht Feibel
Klaus-Peter Flosbach
Herbert Frankenhauser
Jochen-Konrad Fromme
Hans-Joachim Fuchtel
Susanne Jaffke
Bartholomäus Kalb

Steffen Kampeter
Bernhard Kaster
Volker Kauder
Norbert Königshofen
Manfred Kolbe
Dr. Michael Luther
Hans Michelbach
Stefan Müller (Erlangen)
Kurt J. Rossmanith
Peter Rzepka
Norbert Schindler
Georg Schirmbeck
Christian Freiherr von Stetten
Antje Tillmann
Klaus-Peter Willsch
Elke Wülfing
Dr. Angela Merkel, Michael Glos und Fraktion